expertenReport



Quelle: Experten/KI

Digitale Souveränität: Unternehmen wollen ihre KI kontrollieren – die Wirklichkeit sieht anders aus

Ute Pappelbaum

Künstliche Intelligenz soll Deutschlands Wirtschaft produktiver machen und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Doch während zwei Drittel der Unternehmen bei der Auswahl ihrer KI-Anwendungen auf digitale Souveränität achten, nutzt fast jeder dritte Beschäftigte, der mit KI arbeitet, auch Anwendungen außerhalb der betrieblich bereitgestellten Systeme. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) macht damit auf einen Widerspruch aufmerksam, der beim Digital-Gipfel der Bundesregierung eine zentrale Rolle spielen dürfte: Wie unabhängig können Unternehmen sein, wenn sie die Technologien, auf die sie zunehmend angewiesen sind, weder vollständig kontrollieren noch ohne Weiteres austauschen können?

Dass die deutsche Wirtschaft die damit verbundenen Abhängigkeiten durchaus erkennt, zeigt das IW-Zukunftspanel. Zwei Drittel der Unternehmen, die bereits KI einsetzen, berücksichtigen digitale Souveränität bei der Auswahl ihrer Anwendungen. Sie wollen wissen, wo ihre Daten verarbeitet werden, wer darauf zugreifen kann und ob sie sich bei Bedarf von einem Anbieter lösen können.

Das klingt zunächst nach einer klaren unternehmerischen Haltung. Nur scheint sie nicht überall im Arbeitsalltag angekommen zu sein.

Wenn die Beschäftigten schneller sind als ihre Unternehmen

Nach einer weiteren IW-Befragung nutzen 29 Prozent der Beschäftigten, die beruflich mit KI arbeiten, auch Anwendungen, die ihnen ihr Arbeitgeber nicht bereitgestellt hat. Damit ist nicht zwangsläufig ein Verstoß gegen betriebliche Vorgaben verbunden. Die Zahl zeigt allerdings, dass die tatsächliche KI-Nutzung längst über die zentral beschafften und verwalteten Systeme hinausgeht.

Der Grund liegt auf der Hand. Wer mit wenigen Eingaben einen umfangreichen Text zusammenfassen, Informationen strukturieren oder eine Auswertung vorbereiten kann, wird kaum auf die nächste unternehmensinterne Digitalisierungsinitiative warten wollen. Die technischen Möglichkeiten entwickeln sich schneller als manche betriebliche Entscheidung.

Problematisch wird es dort, wo Unternehmensinformationen in Anwendungen gelangen, deren Datenverarbeitung weder geprüft noch vertraglich geregelt ist. Dann lässt sich unter Umständen nicht mehr nachvollziehen, welche Daten

wohin übertragen wurden und zu welchen Bedingungen sie verarbeitet werden.

Gerade für die Versicherungswirtschaft ist das keine nebensächliche Frage. Versicherer und Maklerunternehmen arbeiten täglich mit personenbezogenen Daten, Vertragsunterlagen, wirtschaftlichen Verhältnissen und teilweise sensiblen Gesundheitsinformationen. Werden solche Inhalte unkontrolliert an externe KI-Dienste übermittelt, können daraus erhebliche datenschutzrechtliche und organisatorische Risiken entstehen.

Ein pauschales Verbot privater KI-Anwendungen dürfte das Problem allerdings kaum lösen. Unternehmen müssen ihren Beschäftigten geeignete Werkzeuge zur Verfügung stellen und verbindliche Regeln für deren Nutzung schaffen. Andernfalls bleibt die offizielle KI-Strategie womöglich ein Dokument, während die praktische Digitalisierung längst auf anderen Wegen stattfindet.

Digitale Souveränität beginnt nicht an der europäischen Grenze

In der politischen Diskussion wird digitale Souveränität häufig mit europäischen Rechenzentren und heimischen Technologieanbietern verbunden. Beides kann helfen, Abhängigkeiten zu verringern. Für sich genommen garantiert es jedoch noch keine Unabhängigkeit.

Denn auch eine Anwendung, deren Daten ausschließlich in Europa gespeichert werden, kann technisch so aufgebaut sein, dass ein Wechsel des Anbieters mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. Proprietäre Schnittstellen, geschlossene Datenformate und aufeinander abgestimmte Softwaredienste schaffen Bindungen, die sich im laufenden Betrieb nur schwer auflösen lassen.

Souverän ist ein Unternehmen deshalb nicht schon dann, wenn es weiß, wo seine Daten liegen. Es muss auch darüber entscheiden können, mit welcher Technologie diese verarbeitet werden und ob sich bestehende Anwendungen auf andere Systeme übertragen lassen.

Für viele mittelständische Unternehmen ist das eine wirtschaftliche Frage. Eine KI-Anwendung mag heute günstig sein und morgen bereits zum unverzichtbaren Bestandteil betrieblicher Abläufe gehören. Steigen anschließend die Preise oder ändern sich die Vertragsbedingungen, kann ein Wechsel erheblich teurer werden als ursprünglich angenommen.

Mit amerikanischer Technologie unabhängig werden?

Wie schwierig der Anspruch technologischer Unabhängigkeit umzusetzen ist, zeigt die im Oktober angekündigte Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem US-Chiphersteller Nvidia. Gemeinsam sollen KI-Modelle für industrielle Anwendungen entwickelt werden.

Die Kooperation ist nachvollziehbar, denn bei besonders leistungsfähigen KI-Chips verfügt Europa gegenwärtig über keine gleichwertige Alternative im entsprechenden Marktsegment. Deutschland ist also ausgerechnet beim Aufbau einer möglichst unabhängigen KI-Infrastruktur auf einen amerikanischen Technologiekonzern angewiesen.

Daraus muss kein unauflösbarer Widerspruch entstehen. Entscheidend ist, unter welchen Bedingungen die Zusammenarbeit erfolgt. Werden tatsächlich offene Modelle entwickelt, die Unternehmen auch auf anderer Hardware und bei anderen Dienstleistern betreiben können, lassen sich technologische Abhängigkeiten zumindest begrenzen.

Bleiben dagegen wesentliche Bestandteile der Infrastruktur an einen einzelnen Hersteller gebunden, verändert sich wenig an der grundsätzlichen Abhängigkeit. Dann mag die Anwendung europäisch sein, ihre technische Grundlage ist es noch lange nicht.

KI soll die Produktivität steigern – aber zu welchem Preis?

Die wirtschaftlichen Erwartungen sind erheblich. Das IW rechnet damit, dass sich das deutsche Produktivitätswachstum durch den verstärkten Einsatz Künstlicher Intelligenz bis zum Ende des Jahrzehnts auf knapp ein Prozent und in den 2030er-Jahren auf 1,2 Prozent beschleunigen könnte. In den bisherigen 2020er-Jahren lag es nach Angaben des Instituts lediglich bei 0,4 Prozent.

Dabei handelt es sich um Prognosen, deren Verwirklichung von zahlreichen Voraussetzungen abhängt. KI allein macht ein Unternehmen noch nicht produktiver. Erst wenn Arbeitsabläufe angepasst, Beschäftigte qualifiziert und Anwendungen sinnvoll in bestehende Systeme eingebunden werden, können sich die erhofften Effizienzgewinne einstellen.

Offen bleibt zudem, wie sich diese Gewinne verteilen. Denn je stärker Unternehmen ihre Prozesse auf externe

KI-Dienstleistungen ausrichten, desto größer wird unter Umständen auch der Anteil ihrer Wertschöpfung, den sie für Lizenzen, Rechenleistung und technische Infrastruktur aufwenden müssen.

Die Frage nach digitaler Souveränität ist damit längst keine ausschließlich technologiepolitische Debatte mehr. Sie betrifft die Kostenstruktur, die unternehmerische Entscheidungsfreiheit und letztlich die Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft, die sich von Künstlicher Intelligenz erhebliche Wachstumsimpulse verspricht.

Beim Digital-Gipfel wird deshalb nicht allein entscheidend sein, welche neuen Projekte angekündigt werden. Wichtiger ist, ob Unternehmen künftig tatsächlich zwischen Technologien und Anbietern wählen können, ohne ihre bereits aufgebauten digitalen Geschäftsprozesse gleich mit aufgeben zu müssen.

Denn eine Abhängigkeit wird nicht dadurch kleiner, dass man sie Digitalisierung nennt.

Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft (IW), IW-Zukunftspanel und IW-Beschäftigtenbefragung 2026; Bundesregierung, Informationen zum Digital-Gipfel 2026 und zur Zusammenarbeit mit Nvidia.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4952766/digitale-souveraenitaet-ki-unternehmen-abhaengigkeit/